

Ä1 Verkehr darf keine Frage des Geschlechts sein - Wir wollen eine autofreie Stadt für alle!

Antragsteller*in: Alexander Kräss (GJ Berlin)

Änderungsantrag zu A22

Von Zeile 55 bis 90:

~~Keine Antriebswende!~~

~~Für ein Berlin für alle~~

[1]https://www.igmetall.de/download/0157928_langfassung_automobilindustrie_10032-010_483a2e0bcf73d4f229df5aaa968426f65a73ea53.pdf, S.44

Eine emanzipatorische Verwaltung:

- ~~Damit Planungsbüros sich auf die Arbeit feministischer Stadtplanung ausrichten können, braucht es Fortbildungen zu Gender Budgeting und feministische Stadtplanung.~~
- ~~Außerdem ist dringend eine quotierte Besetzung der Planungsbüros notwendig. Dafür müssen Ingenieurs- und Städteplanerische Studiengänge für Frauen* attraktiver gemacht werden~~
- ~~Studiengänge/Module für feministische Stadtplanung schaffen und fördern~~
- ~~Gender Budgeting für Ausgaben für Verkehr~~
- ~~Umfassende Analyse, welche Teile der Bevölkerung vermehrt welche Verkehrsmittel nutzen und entsprechende Anpassung der bestehenden Infrastruktur an die Realität~~
- ~~Bedarfsgerechte Finanzierung von öffentlicher Infrastruktur~~
- ~~In den letzten 80 Jahren wurde mit Abstand am meisten Geld für das Auto ausgegeben. Autos werden aber nicht von allen Menschen genutzt, sind deswegen unsozial, gefährlich und klimaschädlich.~~
- ~~Kein Geld soll mehr für Auto-Infrastruktur ausgeben, sondern für Fuß- Fahrrad- und Öffentlicher Personen nah-Verkehr.~~
- ~~Durch Mehrausgaben für nicht-motorisierten Individualverkehr soll auch aktiv eine erhöhte Nachfrage für andere Verkehrsmittel als das Auto geschaffen werden.~~

Frauen*förderung für Verkehrs- und Stadtplanung:

- ~~In Schulen sollen Projekt AGs für Mädchen eingerichtet werden um Mädchen +zu empowern~~
- ~~Projekte zur Ermutigung und Begeisterung von Mädchen und Frauen* zu technischen Studiengängen von Universitäten (beispielsweise Robotika der TU Berlin) sollen gefördert werden~~
- ~~Berufsberatung muss gendersensibel sein und Mädchen zu männer*dominierten Berufen empowern~~
- ~~Desweiteren müssen entsprechende Stellen bereitgestellt werden um den Umbau unserer Stadt zu gewährleisten.~~

Wir brauchen keine Antriebswende, sondern ein Berlin für alle!

Eine emanzipatorische Verwaltung

Um die Verkehrspolitik insgesamt feministisch zu gestalten, müssen wir auch bei der Verwaltung Maßnahmen ergreifen. Damit Planungsbüros sich auf die Arbeit feministischer Stadtplanung ausrichten können, braucht es Fortbildungen zu Gender Budgeting und feministische Stadtplanung. Außerdem ist dringend eine quotierte Besetzung der Planungsbüros notwendig.

Um mit dem gesamten Bild einer männlich*-dominierten Stadtplanung und Verkehrspolitik zu brechen, müssen wir auch im Bildungsbereich für ein Umdenken sorgen. Ingenieurs- und stadtplanerische Studiengänge müssen für Frauen* attraktiver gemacht werden, Studiengänge oder Module für feministische Stadtplanung müssen geschaffen und gefördert werden.

Insgesamt muss die Verkehrsverwaltung aber auch Genderbudgeting einsetzen und umfassend analysieren, welche Teile der Bevölkerung vermehrt welche Verkehrsmittel benutzen und entsprechende Anpassung der bestehenden Infrastruktur an die Geschlechterverteilung unternehmen. – Gerade da in den letzten 80 Jahren mit Abstand das meiste Geld für Autos ausgegeben wurde, diese aber nicht von allen Menschen genutzt werden und gleichzeitig unsozial, gefährlich und klimaschädlich sind.

Wir fordern, dass kein Geld mehr für die Autoinfrastruktur, sondern für Fuß-, Fahrrad und ÖPNV ausgegeben werden soll. Durch mehr Ausgaben für nichtmotorisierten Individualverkehr und den Umweltverbund kann auch aktiv eine erhöhte Nachfrage für andere Verkehrsmittel als das Auto geschaffen werden.

Frauen*förderung für Verkehrs- und Stadtplanung:

Um Frauen* nachhaltig für Verkehrs- und Stadtplanung zu begeistern, fordern wir die Schaffung von Projekt-AGs in Schulen, um Mädchen zu empowern. Zudem fordern wir die Förderung von Projekten zur Ermutigung und Begeisterung von Mädchen und Frauen* für technische Studiengängen an Universitäten und Hochschulen (beispielsweise Robotika der TU Berlin). Berufsberatung muss gendersensibel sein und auch Mädchen zu männer*-dominierten Berufen empowern.

In Zeile 440 löschen:

Begründung

per Mail eingereicht wegen technischer Probleme